



Pet A-19-99-1030-036040

28199 Bremen

Petitionsrecht

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 06.05.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, gesetzlich festzulegen, dass Petitionen innerhalb von zwei Jahren bearbeitet werden müssen. Zudem sollen diese in der Reihenfolge des Zeitpunkts der Einreichung bearbeitet werden.

Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Bearbeitungszeit von Petitionen, die über die offizielle Plattform des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages eingereicht werden, das tolerierbare Maß überschritten habe. Petitionen, die nicht innerhalb von zwei Jahren bearbeitet werden, würden in vielen Fällen durch zwischenzeitliche Gesetzesänderungen inhaltlich keinen Sinn mehr ergeben. Begrenzte Kapazitäten innerhalb des Ausschusses seien auszugleichen und wenn nötig zum Beispiel Zusatzsitzungen einzuberufen, um eine fristgemäße Bearbeitung zu gewährleisten.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Eingabe Bezug genommen. Die auf der Internetplattform des Ausschusses veröffentlichte Petition wurde von 274 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt. Der Petitionsausschuss hat die Eingabe geprüft und kommt zu folgendem Ergebnis:



Rechtsgrundlage für die Bearbeitung von Petitionen durch den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ist Art. 17 in Verbindung mit Art. 45c des Grundgesetzes (GG). Daneben hat der Ausschuss auf Grund des § 110 Abs.1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) Grundsätze für die Behandlung von Bitten und Beschwerden (Verfahrensgrundsätze) aufgestellt.

Der Ausschuss unterstützt grundsätzlich das Anliegen des Petenten, eine allzu lange Verfahrensdauer zu vermeiden. Er ist dabei bemüht, Verfahren möglichst zügig abzuschließen, nimmt sich jedoch im Einzelfall für die Prüfung einer Petition die gebotene Zeit. Fristen zur Begrenzung der Verfahrensdauer bestehen gemäß Nr. 8.1 Abs. 1 der Verfahrensgrundsätze etwa für die Prüfung des Vorschlags des Ausschussdienstes durch die Berichterstatter. Auch bei der Einholung von Stellungnahmen durch den Ausschuss werden den zuständigen Ministerien bereits heute Fristen gesetzt.

Weitere Fristregeln für die Arbeit des Petitionsausschusses hält der Ausschuss jedoch für wenig zielführend. Sie wären zudem auch mit dem Anspruch unvereinbar, jede Petition sorgfältig zu prüfen. Feste Fristen stehen einem solchen Verfahren entgegen. Entsprechend wäre auch die vom Petenten vorgeschlagene Bearbeitung der Petitionen in der Reihenfolge des Zeitpunkts der Einreichung zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten nicht zielführend. Eine solche Regelung würde nämlich dazu führen, dass bestimmte Petitionsverfahren nur deshalb noch nicht abgeschlossen werden könnten, weil zuvor eingereichte Petitionen – etwa aufgrund umfangreicher Sachverhaltsaufklärungen – noch nicht abgeschlossen wurden.

Selbstverständlich ist der Ausschuss gleichwohl ständig bemüht, die Verfahren so schnell wie möglich abzuschließen. Insbesondere bei fristgebundenen Petitionen werden, sofern dies möglich und geboten ist, auch sehr kurzfristig zumindest vorläufige Regelungen erreicht.

Soweit der Petent davon ausgeht, dass der Petitionsausschuss mit der Bearbeitung von Petitionen „im Rückstand“ sei und „begrenzte Kapazitäten“ zu einer langen



Bearbeitungsdauer führe, weist der Ausschuss darauf hin, dass dies nicht zutrifft. Es besteht kein signifikanter Rückstand bei der Bearbeitung der Petitionen. Insofern würden auch zusätzliche Sitzungen des Petitionsausschusses nicht zu einer wesentlich kürzeren Verfahrensdauer führen. Die parlamentarische Prüfung nimmt jedoch je nach Art und Umfang des Anliegens unterschiedlich viel Zeit in Anspruch. Hinzu kommt bei Petitionen zur Gesetzgebung, also den meisten auf der Internetplattform veröffentlichten Eingaben, dass der Ausschuss nach § 109 Abs. 1 Satz 2 GO-BT in vielen Fällen eine Stellungnahme der Fachausschüsse einholt. Insbesondere wahlperiodenübergreifend kommt es auch hierdurch zu Verzögerungen im Petitionsverfahren.

In Bezug auf die in der Petition genannte Tatsache, dass sich auf der Internetplattform des Ausschusses noch diverse Petitionen aus den Jahren 2013 bis 2015 in Prüfung befinden, weist der Ausschuss daraufhin, dass es sich dabei um elf Petitionen handelt. Diese Zahl muss in Relation zu den insgesamt über 8.000 auf der Internetplattform veröffentlichten Eingaben gesehen werden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden kann.